

Dringliches Postulat: Partizipation zum Massnahmenplan «Attraktivierung Innenstadt»

Fraktion SP; Fraktion Grüne/Junge Grüne; Barbara Lehmann Rickli, FDP; Hanspeter Aellig, FDP; Markus van Wijk; FDP

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, für die geplanten mittel- bis längerfristigen Massnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt einen partizipativen Prozess unter Einbezug der gesamten Thuner Bevölkerung durchzuführen.

Begründung:

In der Medienmitteilung vom 8. Dezember 2020 informierte der Gemeinderat über den aktuellen Stand des Projekts. Bis zum heutigen Zeitpunkt wurde jedoch weder der breiten Bevölkerung noch allen Bewohner*innen der Innenstadt Gelegenheit eingeräumt, sich zu den geplanten Massnahmen zu äussern, sondern nur selektiven Anspruchsgruppen. Dies entgegen den Aussagen des Gemeinderates in der Fragestunde 7/2019: «Der Gemeinderat legt wert darauf, dass alle Betroffenen und Interessensvertreter in einer geordneten Form einbezogen werden (...).»

Eine breitere Partizipation ist leider auch in Zukunft nicht geplant, obwohl der Gemeinderat einmal mehr – und zurecht – bekräftigt, dass in der Innenstadt das Herz von Thun schlage. Aus Sicht der Postulant*innen genügt es nicht, in diesem so zentralen, bedeutsamen Gebiet einen dialogischen Prozess durchzuführen, bei dem nur einige wenige, gezielt ausgewählte Stakeholder partizipieren können. Mit dem Ansatz, dass ein paar wenige für alle planen, können Bedürfnisse, Kompetenzen, Wissen und Erfahrung aus der Bevölkerung nicht ausreichend abgeholt werden. Mit dem gewählten Top-down-Verfahren ist die Gefahr gross, dass die gewählten Massnahmen nicht mitgetragen werden. Und werden sie ungenügend mitgetragen, führt dies tendenziell zu falschem Mitteleinsatz und zu Vertrauensverlust in die Thuner Politik. Umgekehrt führen Massnahmen effektiv zu einer Attraktivitätssteigerung der Innenstadt, wenn sie breit mitgetragen werden und über eine hohe Akzeptanz verfügen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, ist aus Sicht der Postulant*innen die zeitliche Verzögerung, welche ein partizipativer Prozess mit sich bringt, zu verantworten.

Die Postulant*innen erachten die Themenkreise als vielversprechend. Was jedoch der oft verwendete Begriff «Aufwerten» konkret beinhaltet, bleibt weitgehend im Verborgenen. Die Tatsache, dass einzelne Massnahmen aus dem Gesamtplan herausgepickt und umgesetzt werden, ohne dass die Inhalte des Gesamtplans einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und von ihr akzeptiert sind sowie ohne ihr Mitsprache ermöglicht zu haben, widerspricht grundlegenden partizipativen Prinzipien. Die Postulant*innen verlangen daher, dass ein öffentliches

Mitwirkungsverfahren im Sinne des Baugesetzes BE geprüft wird. Denn zu einer Smart City gehören auch smarte Prozesse.

Dringlichkeit: wird verlangt

Thun, 18. Dezember 2020

Alice Kropf